

Europaweite Vergabe
der
Übernahme, Transport und Verwertung von Altpapier
aus dem
Landkreis Freudenstadt
im Offenen Verfahren nach VgV

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
1 Vorbemerkungen	3
2 Entsorgungsgebiet	4
3 Beschreibung der einzelnen Leistungen	5
3.1 Generelle Vorgaben	5
3.1.1 Organisation und Qualitätssicherung	5
3.1.2 Nachweisführung	6
3.1.3 Nachholung von Leistungen / Reklamationsbearbeitung / Meldepflichten ...	7
3.1.4 Flexibilität	8
3.2 Übernahme, Transport und Verwertung von Altpapier	9
4 Mengengerüst	14
4.1 Allgemeines	14
4.2 Mengenentwicklung und Prognosemengen	14

1 Vorbemerkungen

Der Landkreis Freudenstadt im Folgenden auch Auftraggeber genannt, schreibt folgende Leistungen neu aus:

- Übernahme von Altpapier an der Übergabe-/Übernahmestelle des Auftraggebers,
 - Transport von Altpapier zur Verwertungsanlage
- und
- Verwertung von Altpapier.

Die Leistungserbringung beginnt am 01.04.2027.

Die vorliegende Leistungsbeschreibung gibt u. a. Auskunft über

- die organisatorischen Rahmenbedingungen

sowie

- die relevanten Mengengerüste.

Außerdem werden in der Leistungsbeschreibung Mindestanforderungen für die Leistungserbringung, z. B. für

- Erfassungssysteme,
- Reaktionszeiten,
- zeitliche Festlegungen (Erreichbarkeit etc.)

und

- Qualitätssicherung/ Nachweisführung

definiert.

Daneben enthält die Leistungsbeschreibung weitere Informationen zur Kalkulation der anzubietenden Leistungen.

Ergänzend zum vorliegenden Text der Leistungsbeschreibung wird auf die Internetseite des Auftraggebers

<https://www.awb-fds.de/>

verwiesen, auf der u.a. die aktuelle Abfallwirtschaftssatzung sowie weitere Informationen zu finden sind.

An dieser Stelle wird ausdrücklich klargestellt, dass die in der Satzung getroffenen Regelungen sowie die sonstigen auf der Internetseite veröffentlichten Informationen ausschließlich die momentanen und künftigen Verhältnisse zwischen dem Auftraggeber und seinen Bürgern, Gewerbebetrieben und sonstigen Einrichtungen betreffen. Daraus können für den Vertragszeitraum keinerlei Rechte hinsichtlich der Art und des Umfangs der Leistungserbringung abgeleitet werden.

Verbindlich für die Leistungserbringung sind daher ausschließlich die vorliegenden Vergabeunterlagen, insbesondere der Dienstleistungsvertrag einschließlich der Leistungsbeschreibung.

2 Entsorgungsgebiet

Der Landkreis Freudenstadt liegt z. T. im Nordschwarzwald und im Süden im mittleren Schwarzwald. Der östliche Teil des Landkreises zählt naturräumlich zu den Oberen Gäuen, die zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb liegen. Durch den Landkreis fließt der Neckar und die höchste Erhebung ist der Dreifürstenstein auf der Hornisgrinde mit 1151 m ü. NN, der höchste Punkt Württembergs.

Der Landkreis Freudenstadt umfasst eine Fläche von ca. 870,4 km². Bei 121.958 Einwohnern (Stand 31.12.2024) beträgt die Einwohnerdichte im Entsorgungsgebiet ca. 140 Einwohner pro km².

Der Landkreis wird im Südosten von der Bundesautobahn 81 (Stuttgart–Singen (Hohentwiel)) tangiert. Neben etlichen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ist der Landkreis durch die Bundesstraße B 500 („Schwarzwaldhochstraße“), die von Baden-Baden kommend an der westlichen Kreisgrenze Richtung Süden vorbeiführt, erschlossen.

Aus Sicht der ausschreibenden Stelle ist es für die Kalkulation der ausgeschriebenen Leistungen unerlässlich, die gebietsspezifische Situation vor Ort zu begutachten. Die diesbezüglich in den Vergabeunterlagen erfolgten Angaben erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen den Bietern ausschließlich zur schnellen Orientierung dienen.

3 Beschreibung der einzelnen Leistungen**3.1 Generelle Vorgaben****3.1.1 Organisation und Qualitätssicherung**

Art und Umfang der einzusetzenden und für den Einsatzzweck geeigneten Technik sowie die Personalgestellung sind jeweils unter Berücksichtigung der Anforderungen in dieser Leistungsbeschreibung vom Auftragnehmer zu bestimmen.

Vom Auftraggeber wird vorgegeben, dass alle für den Transport im Leistungszeitraum eingesetzten Fahrzeuge (auch die Reservefahrzeuge), über einen Rußpartikelfilter und eine Abgasreinigung mindestens gemäß Euro-6-Norm verfügen.

Alle eingesetzten Lastkraftwagen müssen über ein durch das Kraftfahrt-Bundesamt zugelassenes Abbiegeassistenzsystem verfügen und dieses einsetzen, um für zusätzliche Sicherheit beim Abbiegen zu sorgen. Die Abbiegeassistenzsysteme müssen stets betriebs- und einsatzbereit sein.

Alle eingesetzten Fahrzeuge müssen stets ein optisch sauberes Erscheinungsbild aufweisen und sind entsprechend den witterungsbedingten Gegebenheiten vor dem Einsatz außen zu reinigen.

Die verkehrstechnischen Gegebenheiten und witterungsbedingten Hemmnisse sind vom Auftragnehmer nach eigenem Ermessen bei der Angebotskalkulation zu berücksichtigen. Auf den erforderlichen Einsatz von Winterausrüstung (Mitführen von Schneeketten) für die zum Einsatz kommenden Fahrzeuge wird verwiesen.

Sämtliche durch den Auftragnehmer für die Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge müssen ständig mobil erreichbar sein.

Beim Transportieren und Entleeren der Abfallcontainer sowie bei Transportleistungen insgesamt ist vom Auftragnehmer darauf zu achten, dass keine Abfälle auf die Straße, den Gehweg oder die Straßenrinne gelangen. Auftretende Verschmutzungen sind unverzüglich vor Ort zu beseitigen.

Die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung liegt beim Auftragnehmer. Kriterien hierfür sind z.B. die

- Ausreichende Vorhaltung von Personal und Technik,
- Beachtung der vorgegebenen Öffnungszeiten,
- Einhaltung der mit dem Auftraggeber abgestimmten Zeiten für die Übernahme der Abfälle,
- Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der einschlägigen Vorschriften und Regelwerke bzgl. Transport und Verwertung insbesondere
 - Benutzung geeigneter Technik,
 - Beachtung der anerkannten Regeln eines ordnungsgemäßen Kraftfahrbetriebes,
 - Sicherung von Gegenständen gegen Herabfallen,
 - Betriebs- und verkehrssicherer Zustand der Geräte und Fahrzeuge,
 - Einhaltung arbeitsschutzrechtlicher Vorgaben (z. B. Berufsgenossenschaft),

- Einhaltung gesetzlicher Erfordernisse und genehmigungsrelevanter Auflagen an allen mit der Leistungserbringung in Verbindung stehenden Betriebsstätten,
- Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit an allen vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung betriebenen Betriebsstätten,
- bürgerfreundliches Auftreten aller Beschäftigten,
- Befolgung aller Anweisungen des an der Übergabe-/Übernahmestelle beschäftigten Personals.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Leistungserbringung immer ausreichend qualifiziertes Personal einzusetzen und dieses hinsichtlich des Arbeitsschutzes zu belehren. Die Arbeitsschutzbelehrung ist vom Auftragnehmer zu dokumentieren.

Um während der Vertragslaufzeit die Qualität der Leistungserbringung abzusichern, sind durch den Auftragnehmer mindestens 1-mal pro Jahr Qualitätsgespräche zu führen. Bei den Qualitätsgesprächen werden z.B. bestehende Probleme und Fragestellungen der Leistungsdurchführung erörtert und konkrete Lösungen festgelegt. Die Termine für die Qualitätsgespräche werden zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer einvernehmlich vereinbart, sie können auf besonderen Anlass hin auch kurzfristig anberaumt werden. Über die Gespräche werden Protokolle angefertigt, die jeweils von beiden Seiten zu unterzeichnen sind.

3.1.2 Nachweisführung

Maßgeblich für die Entgeltabrechnung sind die gewogenen und durch Wiegescheine nachgewiesenen Mengen. Die Wiegestatistiken sowie die Wiegescheine der Übergabe-/Übernahmestelle sind dem Auftraggeber vom Auftragnehmer monatlich sortiert nach Datum im Rahmen der Entgeltabrechnung zur Verfügung zu stellen.

Die Wiegestatistiken müssen folgende Daten enthalten:

- pro Anlieferung (sortiert nach Datum)
 - Fahrzeug-Kennzeichen
 - Datum
 - Zeit
 - Menge in t
- gesamt (Summe)
 - Anzahl Anlieferungen / Abholungen
 - Menge in t

Die Wiegescheine müssen folgende Daten enthalten:

- Abholort (Angabe der Übergabe-/Übernahmestelle)
- Anlieferort (Angabe der Umschlags-/Verwertungsanlage)
- Name / Firmenbezeichnung des Anlieferers
- Fahrzeugkennzeichen
- Datum und Uhrzeit der Verwiegung

- Ausdrucksdatum
- Brutto, Tara- und Nettogewicht
- Name / Firmenbezeichnung und Unterschrift des Wägers

Sind die Daten der Wiegescheine aus Sicht des Auftraggebers unplausibel, so kann dieser anordnen, dass die Wiegungen zusätzlich durch eine vom Auftraggeber zu bestimmende Wiegeeinrichtung (ggf. für einen begrenzten Zeitraum) vorzunehmen sind. Diesbezüglich anfallende Zusatzkosten trägt der Auftraggeber.

Der Auftraggeber bzw. seine Beauftragten sind darüber hinaus berechtigt, Einsicht in die Verfahrensabläufe der Verwiegung und in sämtliche betriebstechnische Unterlagen der Waage und der entsprechenden Software (z.B. Beschreibung, Bedienungsanleitung, Bauartzulassung, Eichschein) sowie in die kompletten Wiegeprotokolle (Protokollausdrucke) zu erlangen. Für die Wiegeprotokolle gilt eine Aufbewahrungsfrist von mindestens 3 Jahren.

Die an den Auftraggeber übermittelten Daten sind beim Auftragnehmer mindestens 2 Jahre zu speichern und dem Auftraggeber bei Bedarf unverzüglich nochmals über den gleichen Übertragungsweg und in gleicher Form zur Verfügung zu stellen.

3.1.3 Nachholung von Leistungen / Reklamationsbearbeitung / Meldepflichten

Der Auftraggeber ist unverzüglich, spätestens jedoch bis 09:00 Uhr des nachfolgenden Arbeitstages unter Angabe des Grundes über nicht oder nur teilweise durchgeführte Leistungen (z.B. nicht mögliche Abholungen oder sonstige Vorkommnisse) zu informieren. Die Leistungshindernisse und besondere Vorkommnisse sind in geeigneter Form zu dokumentieren und dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.

Die Nachholung von ganz oder teilweise nicht durchgeführten Leistungen und die Behebung von Mängeln hat der Auftragnehmer verschuldensunabhängig (mit Ausnahme von höherer Gewalt) umgehend durchzuführen, längstens jedoch innerhalb von 1 Arbeitstag. Liegt ein Fall von höherer Gewalt vor und die eine höhere Gewalt begründenden Umstände dauern länger als 2 Arbeitstage an, so sind die ganz oder teilweise nicht durchgeführten Leistungen und die Behebung von Mängeln ebenfalls unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 2 Arbeitstagen nach dem Wegfall der höheren Gewalt durchzuführen.

Für Nachholungen von Leistungen bzw. die Behebung von Mängeln wird kein über das normale Leistungsentgelt hinausgehendes Entgelt gezahlt.

Die Übermittlung der Aufforderung an den Auftragnehmer für die Nachholung von ganz oder teilweise nicht durchgeführten Leistungen und für die Behebung von Mängeln erfolgt durch den Auftraggeber per E-Mail oder telefonisch. Der Auftragnehmer ist verpflichtet den Empfang dieser Aufträge, sofern diese vor 13:00 Uhr eingehen, am gleichen Arbeitstag zu bestätigen. Die Erledigung der Aufträge ist dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer arbeitstäglich per vom Auftraggeber zur Verfügung gestellter Plattform oder per E-Mail zu übermitteln.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber gegenüber spätestens mit der Auftragserteilung einen festen deutschsprachigen Ansprechpartner sowie einen deutschsprachigen Vertreter für etwaige Mängelanzeigen oder Nachfragen zu benennen. Bei beiden Ansprechpartnern muss es sich um mit Weisungsbefugnissen ausgestattete Mitarbeiter des Auftragnehmers handeln. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass mindestens einer der

beiden an Arbeitstagen in der Zeit von 07:00 bis 16:00 Uhr telefonisch erreichbar ist. Sofern dies nicht möglich ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich eine deutschsprachige Ersatzperson zu benennen.

3.1.4 Flexibilität

Der Auftragnehmer hat die Leistungserbringung auch bei veränderten rechtlichen und organisatorischen Anforderungen und veränderten Mengen abzusichern. Dies gilt insbesondere auch für die Durchführung der Verwertung und die Anpassung von Öffnungszeiten der Verwertungsanlagen und / oder von Abholzeiten der Übergabe-/Übernahmestelle.

Jahreszeitliche und arbeitstägliche Schwankungen sowie längerfristige Entwicklungen der Abfallmengen und deren Zusammensetzung sowie weiterer relevanter Mengengerüste liegen außerhalb des Einflussbereichs des Auftraggebers und sind vom Auftragnehmer bei der für die Angebotskalkulation erforderlichen Kapazitätsplanung zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Auftragnehmers gehört darüber hinaus auch die Sicherstellung der Leistungserbringung bei kurzfristig auftretenden verkehrstechnischen sowie witterungsbedingten Hemmnissen.

3.2 Übernahme, Transport und Verwertung von Altpapier

a) Leistungsumfang

Die Altpapiersammlung im Landkreis Freudenstadt erfolgt über die „Blaue Landkreistonne“ im Holsystem und über Depotcontainer sowie an den Entsorgungsanlagen und RecyclingCentern und bei Vereinssammlungen im Bringsystem. Die eingesammelten Altpapiermengen werden an einer durch einen beauftragten Dritten betriebenen Übergabe-/Übernahmestelle für Altpapier angeliefert, wo anschließend die Übergabe des Altpapiers zum Transport und zur Verwertung erfolgt.

Die Verwertungsleistung umfasst das sogenannte kommunale Altpapier und die lizenzierten Verkaufsverpackungen aus Papier, Pappe und Karton, die im Rahmen der Sammelstruktur des Landkreises Freudenstadt erfasst werden, sofern sich der Landkreis Freudenstadt und die Systeme nach dem Verpackungsgesetz bzw. künftig nach dem Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz auf eine gemeinsame Verwertung einigen. Sofern keine gemeinsame Verwertung vereinbart wird, können die Systeme die Herausgabe des auf sie entfallenden Masseanteils verlangen. Dieser Masseanteil ist von der zu beauftragenden Verwertungsleistung nicht umfasst.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich klargestellt, dass die hier zur Verwertung ausgeschriebene Gesamtmenge aus Wirtschaftlichkeitserwägungen vor der Übergabe an den Auftragnehmer keiner Sortierung unterliegt. Die Gesamtmenge enthält somit neben Druckerzeugnissen und Mischpapier unter anderem auch Verpackungsanteile und Störstoffe.

b) Übergabe-/Übernahmestelle

Das Altpapier ist durch den Auftragnehmer in seinen Transportmitteln an der nachfolgend aufgeführten Übergabe-/Übernahmestelle während der genannten Öffnungs- bzw. Abholzeiten zu übernehmen.

Remondis Süd GmbH
Robert-Bürkle-Straße 10
72250 Freudenstadt

Öffnungszeiten:	Montag – Freitag	08:00 Uhr – 16:00 Uhr
	Samstag	zur Feiertagsnachholung: 08:00 Uhr – 16:00 Uhr

Die letzte Einfahrtmöglichkeit zur Verladung eines Transportfahrzeuges hat spätestens 30 Minuten vor Ende der jeweiligen Öffnungszeit zu erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Abfallübernahme durch den Auftragnehmer nach Ende der Öffnungszeiten ausgeschlossen ist.

Der Betrieb der Übergabe-/Übernahmestelle erfolgt durch den vom Auftraggeber beauftragten Dritten.

Sollten andere bzw. weitere Übergabe-/Übernahmestellen während der Vertragslaufzeit hinzukommen, wird die Art der Transporteinheiten (Container, Sattelzüge) vom Auftraggeber vorgegeben. Führt eine Änderung der Art der Transporteinheit zu wirtschaftlichen Nachteilen für den Auftragnehmer, so hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf Entgeltanpassung auf Grundlage der Urkalkulation und unter Beachtung der Regelungen zum öffentlichen Preisrecht.

Die Übernahme und die Abholung des Altpapiers sind durch den Auftragnehmer zeitlich unter Berücksichtigung der Anlieferungen aus der Einsammlung zu planen und mit dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle abzustimmen.

Es obliegt dem Auftragnehmer im Rahmen der Abstimmung mit dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle sicherzustellen, dass entsprechende Abfallmengen zur Abholung an der Übergabe-/Übernahmestelle bereitstehen. Ggf. entstehende Leerfahrten oder Transporte mit geringerer Zuladung werden nicht gesondert vergütet; eine Entgeltanpassung ist diesbezüglich ausgeschlossen.

c) Gestellung der Transportmittel

Die Übernahme des leistungsgegenständlichen Altpapiers kann mittels Containerfahrzeugen oder Fahrzeugen mit Sattelaufliegern (mit/ohne Schubboden [sog. „Walking-Floor-Technik“]) erfolgen.

Durch den Auftragnehmer sind Transportmittel (Container, Fahrzeugen mit Sattelaufleger) rechtzeitig und in ausreichender Zahl an der Übergabe-/Übernahmestelle bereitzustellen.

An der Übergabe-/Übernahmestelle sind Abstellflächen für 6 Container mit 40 m³ vorhanden. Der Containerpool muss so bemessen sein, dass die täglichen Anlieferungsmengen bewältigt werden können. Durch den Auftragnehmer sind Container in ausreichender Anzahl und Größe, in technisch und optisch einwandfreiem sowie in geprüften Zustand bereitzustellen. Die Aufstellung von Containern auf der Übergabe-/Übernahmestelle erfolgt in Abstimmung zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle.

Sofern der Auftragnehmer für seine Transporte ausschließlich Fahrzeugen mit Sattelaufliegern als Transportmittel einsetzt, müssen durch den Auftragnehmer keine Container gestellt werden.

Die Transportmittel sind entsprechend den Vorgaben des Auftraggebers an der Übergabe-/Übernahmestelle abzustellen.

Der Auftragnehmer gestattet mit Angebotsabgabe, dass der vom Auftraggeber beauftragte Dritte bei Bedarf selbst den Containerwechsel vornimmt. In diesem Fall werden die Container befüllt zur Abholung bereitgestellt.

Für den Fall, dass Sattelaufleger bereitgestellt und diese bewegt werden müssen, hat der Auftragnehmer auf Anforderung durch den Auftraggeber diese Bewegungen in Eigenregie vorzunehmen.

d) Übernahme und Transport

Die Verladung des Altpapiers erfolgt durch den Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle (Beauftragter Dritter) in die Transportmittel des Auftragnehmers. Nach der Verladung der Abfälle ist die Abdeckung der Transportmittel (Plane oder Deckel) durch den Auftragnehmer vorzunehmen.

Vorhandene leere Container des Auftragnehmers werden durch die Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle mit den vorhandenen angelieferten Abfällen befüllt und dann befüllt zur Abholung bereitgestellt.

Unter Berücksichtigung der Tara-Gewichte der Fahrzeuge und Container wird der vom Auftraggeber beauftragte Dritte darauf achten, dass das Gesamtgewicht eines beladenen Sattel- bzw. Containerzuges nicht mehr als 40 Mg beträgt. Der Auftraggeber trägt

dafür Sorge, dass bei der Beladung der Transportmittel des Auftragnehmers eine angemessene Zuladung erzielt wird. Die Beladung der Transportmittel erfolgt ohne zusätzliche Verdichtungsrichtungen. Eine Mindestbefüllung von 85 % – bezogen auf das Volumen der jeweiligen Transportmittel – wird dem Auftragnehmer zugesichert. Die Nachweispflicht für das Nichterreichen der Mindestbefüllung trägt der Auftragnehmer.

Wird die Mindestbefüllung von 85 % im Einzelfall nicht erreicht, hat der Auftragnehmer für diese Fälle einen Anspruch auf Entgeltanpassung auf Grundlage der Urkalkulation und unter Beachtung der Regelungen zum öffentlichen Preisrecht.

Der Auftraggeber weist jedoch in diesem Zusammenhang explizit darauf hin, dass es dem Auftragnehmer obliegt, im Rahmen der Abstimmung mit dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle sicherzustellen, dass ausreichende Abfallmengen zur Abholung an der Übergabe-/Übernahmestelle bereitstehen. Stehen an der Übergabe-/Übernahmestelle keine ausreichenden Mengen zur Verfügung und kann dadurch die Mindestbefüllung nicht erreicht werden, so hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf eine Entgeltanpassung.

Der Auftraggeber weist außerdem darauf hin, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber spätestens am Folgetag zu informieren hat, wenn die Mindestbefüllung nicht erreicht wurde, damit dieser auf eine Verbesserung der Situation hinwirken kann.

Die Beladung der Transportmittel erfolgt in der Reihenfolge der ankommenden Transportfahrzeuge. Es kann davon ausgegangen werden, dass die gesamthaften Belade- und Wartezeiten (ohne Berücksichtigung der Rangierzeiten) im Mittel eines Kalenderjahres 60 Minuten pro Abholung nicht überschreiten.

Die Nachweispflicht für das Überschreiten der mittleren Belade- und Wartezeiten (ohne Berücksichtigung der Rangierzeiten) trägt der Auftragnehmer.

Im Fall von wesentlichen Wartezeiten vor der Eingangsverwiegung sind diese Zeiten durch den Auftragnehmer zu dokumentieren und nachzuweisen (mit Stempel und Unterschrift des Betreibers der Übergabe-/Übernahmestelle).

Wird die mittlere Belade- und Wartezeit (ohne Berücksichtigung der Rangierzeiten) im Kalenderjahr überschritten, so hat der Auftragnehmer für dieses Kalenderjahr einen Anspruch auf Entgeltanpassung auf Grundlage der Urkalkulation und unter Beachtung der Regelungen zum öffentlichen Preisrecht.

Der Auftraggeber weist jedoch in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es dem Auftragnehmer obliegt, im Rahmen der Abstimmung mit dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle dafür Sorge zu tragen, dass für die Abholungen geeignete Zeitfenster ausgewählt werden, um die Belade- und Wartezeiten gering zu halten.

Wartezeiten, welche aus einer nicht der Abstimmung zwischen dem Auftragnehmer und dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle entsprechenden Abholung resultieren, werden bei der Ermittlung der mittleren Belade- und Wartezeit nicht berücksichtigt.

Der Auftraggeber weist außerdem darauf hin, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber spätestens am Folgetag zu informieren hat, wenn die Belade- und Wartezeit (ohne Berücksichtigung der Rangierzeiten) von 60 Minuten überschritten wurde, damit dieser auf eine Verbesserung der Situation hinwirken kann.

Die Zeitpunkte / Rhythmen der Abfalltransporte werden zwischen dem Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle und dem Auftragnehmer einvernehmlich abgestimmt. Die

Abholung hat der Auftragnehmer arbeitstäglich entsprechend der Öffnungs- bzw. Abholzeiten der Übergabe-/Übernahmestelle sowie auf Anforderung des Auftraggebers vorzunehmen. In Wochen mit Feiertagen muss die Abholung auch samstags erfolgen.

Der Auftragnehmer erhält wöchentlich für die Folgewoche zwecks Terminierung der Abholung an der Übergabe-/Übernahmestelle die Abfuhrpläne.

Zudem wird dem Auftragnehmer wöchentlich bis spätestens Mittwoch die Anzahl der täglichen Abholungen durch den Auftraggeber oder den Betreiber der Übergabe-/Übernahmestelle übermittelt. Dem Auftraggeber sind die Abholaufträge durch den Auftragnehmer spätestens am auf die Meldung darauffolgenden Tag elektronisch zu bestätigen. Die Auftragsquittierungen / Abholbestätigungen sind dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer werktäglich elektronisch zurückzumelden.

An dieser Stelle wird darauf verwiesen, dass für den Fall, dass Transportmittel durch den Auftragnehmer nicht im ausreichenden Umfang bereitgestellt oder nicht im vorgegebenen Zeitraum abgeholt werden, die daraus für den Auftraggeber verbundenen Mehrkosten (z. B. für Zwischenlagerung der Abfälle, zusätzliches Handling oder anderweitige Verwertung) durch den Auftragnehmer zu tragen sind.

e) Abfallverwiegung

Alle vom Auftragnehmer übernommenen Abfälle werden auf der Übergabe-/Übernahmestelle durch den vom Auftraggeber beauftragten Dritten verwogen. Es wird zur Bestimmung des Nettogewichts jeweils eine Eingangs- und Ausgangsverwiegung durchgeführt.

Sämtliche Wiegeprotokolle sind durch den Auftragnehmer bzw. dessen Personal gegenzuzeichnen.

Die Übergabe-/Übernahmestelle ist mit einer geeichten Waage ausgestattet. Es können Fahrzeuge mit einem Gewicht von bis zu 50 Mg und einer Fahrzeuglänge von bis zu 20 m verwogen werden

Die zu transportierenden Abfälle sind durch den Auftragnehmer an der/den Verwertungsanlage(n) zu verwiegen.

f) Nachweisführung

Der monatlichen Entgeltabrechnung hat der Auftragnehmer eine Aufstellung aller Transportvorgänge mit einem Mengenabgleich der Eingangsverwiegungen der Verwertungsanlage und der Ausgangsverwiegungen der Übergabe-/Übernahmestelle unter Angabe der jeweiligen Lieferscheinnummer beizufügen. Eine Format-Vorlage in Form einer Musterdatei wird dem Auftragnehmer im Auftragsfall rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

g) Vorgaben zur Verwertung

Das Altpapier kann in einer oder mehreren Verwertungsanlagen / Papierfabriken o. ä. stofflich verwertet (weiterverarbeitet) werden. Die Festlegung von Standorten, die Art des verwendeten Sortierverfahrens und dessen technische Ausgestaltung (falls Sortierung im Konzept des Auftragnehmers vorgesehen) sowie die anschließende Verwertung bzw. Vermarktung obliegt dem Auftragnehmer.

Änderungen hinsichtlich der Sortieranlagen, Verwertungsanlagen / Papierfabriken o. ä. sowie, falls mehrere Anlagen genutzt werden sollen, der regelmäßigen Mengenaufteilung auf die Anlagen während der Vertragslaufzeit sind nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers möglich.

Sortierung, Lagerung, erforderlichenfalls Umschlag und Transport (jeweils sofern vorgesehen) sowie die anschließende Weiterverwertung und Beseitigung müssen den jeweils geltenden einschlägigen Vorschriften (rechtliche Vorgaben, technische Standards) entsprechen. Die Einholung der erforderlichen Genehmigungen sowie die Einhaltung gegebenenfalls vorgegebener Genehmigungsauflagen sind durch den Auftragnehmer sicherzustellen.

Die Verwertungswege sind dem Auftraggeber jährlich – zum 15. Februar des Folgejahres in Form von Mengenstatistiken und der Angabe der jeweiligen Verwertungsanlage und der Recyclingquote in einer vom Auftraggeber gewünschten Form darzulegen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche beim Transport und bei der Aufbereitung/Konditionierung der Abfälle anfallenden Zwischenprodukte oder Reststoffe, wie z. B. Störstoffe auf seine eigenen Kosten einer ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung zuzuführen. Dies gilt auch, sofern in den übernommenen Abfällen Bestandteile enthalten sind, die vom Auftragnehmer in seiner Anlage nicht behandelt werden können und die darum von ihm anderweitig entsorgt werden müssen.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Zusammensetzung/Qualität der zu verwertenden Abfälle (z. B. Druckerzeugnisanteil, Anteil an Verpackungsmaterialien / Störstoffanteil). Der Auftraggeber wirkt jedoch im Rahmen seiner Möglichkeiten durch eine Annahme der Abfälle immer unter Anwesenheit von Personal auf einen möglichst geringen Störstoffanteil hin.

4 Mengengerüst

4.1 Allgemeines

Nachfolgend werden die für den Ausschreibungsumfang relevanten Mengengerüste (Ist-Werte 2023 - 2025 und Prognosen für den Vertragszeitraum) dargestellt.

Verbindlich für die Angebotsauswertung sind ausschließlich die Mengenangaben in der Entgelt-/Vergütungsabfrage (Angebotsformular, Anhang 1, Spalte 4).

Die Mengenangaben dienen den Bietern ausschließlich zur schnellen Orientierung und als Kalkulationshilfe bei der Angebotserstellung.

Der Auftragnehmer hat jedoch keinen Anspruch auf Mengen (z. B. Abfahren, Tonnagen) in der in den Mengengerüsten genannten Größenordnung.

Mögliche, auch erhebliche Veränderungen der Mengen sind vom Auftragnehmer (insbesondere unter Berücksichtigung des Leistungszeitraumes) in seine Überlegungen einzubeziehen und ggf. bei der Preisgestaltung zu berücksichtigen.

4.2 Mengenentwicklung und Prognosemengen

a) Übernahme-/Verwertungsmenge im Monatsverlauf:

Zl.	Monat	Übernahme-/Verwertungsmengen*		
		IST-Werte		
		2023	2024	2025
		Mg	Mg	Mg
	1	2	3	4
1	Januar	648	719	873
2	Februar	397	524	276
3	März	464	561	325
4	April	624	485	449
5	Mai	848	533	431
6	Juni	663	573	430
7	Juli	572	593	91
8	August	644	542	123
9	September	668	423	114
10	Oktober	572	690	420
11	November	697	608	346
12	Dezember	455	433	435
13	insgesamt	7.252	6.684	4.313

*) kommunales Altpapier und mitverwertete lizenzierte Verkaufsverpackungen aus Papier, Pappe und Karton

b) Mengenentwicklung und Prognosemenge:

Zl.	Jahr	Übernahme-/Verwertungsmenge*	Übernahme-/Verwertungsmenge durch Systembetreiber
		Mg/a	Mg/a
		2	3
1	2023	7.252	347
2	2024	6.684	735
3	2025	4.313	2.840
4	Prognose für die Vertragslaufzeit	6.000	

*) kommunales Altpapier und mitverwertete lizenzierte Verkaufsverpackungen aus Papier, Pappe und Karton